

Herrn
Landrat Thomas Eichinger
Von-Kühlmann-Str. 15

86899 Landsberg

Renate Standfest
Mitglied des Kreistags
Hofstattstr. 39
86919 Utting am Ammersee
renate.standfest@t-online.de

Antrag für die Haushaltsberatung 2018 Festsetzung der Kreisumlage

Sehr geehrter Herr Landrat Eichinger,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und -kollegen,

Utting, 15.12.2017

äußert knapp mit 7:6 Stimmen hat der Kreisausschuss letzte Woche die Empfehlung der Verwaltung angenommen, die Kreisumlage für 2018 um 3% auf dann 54% zu erhöhen. Wir können dieser Empfehlung aus nachstehenden Gründen nicht folgen:

- Die Kommunen müssen dauerhaft leistungsfähig sein und zwar aus eigener Kraft. Dieser Anspruch gilt auch für den Landkreis. Dazu dürfen die Ausgaben nicht dauerhaft die Einnahmen überschreiten. Wenn die geplanten – avisierten oder gewünschten – Ausgaben höher sind, als die zu erwartenden Einnahmen, leben wir über unseren Verhältnissen.
- Die Summe der geplanten Investitionen - LRA-Neubau, Schulentwicklungsplan, Feuerwehrausbildungszentrum, Neubau des Greifenberger Freibades am Ammersee, kommunaler Wohnungsbau, Sanierung eigener Liegenschaften, um nur einige Punkte zu nennen - schnüren uns die Luft ab.
- Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und erfreulicher Umlagekraft, liegen wir bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich zu den anderen 70 bayrischen Landkreisen auf den Spitzenrängen – wohlgermerkt im negativen Sinne. Und das seit Jahren!
- Eine weitere Verschuldung zulasten der nächsten Generationen und mit Blick auf die über kurz oder lang ansteigende Zinsen erscheint uns unverantwortlich. Vielmehr sollten wir endlich mit dem Schuldenabbau beginnen.
- Einsparen und damit manche Investition nicht zu tätigen erscheint dem Landrat, der Verwaltung, aber auch vielen Kreisräten, wenig attraktiv. Allenfalls eine Verschiebung von Maßnahmen mit den unweigerlich folgenden Steigerungsraten bei den Baukosten ist mehrheitsfähig.
- So wird uns seit Jahren als einziger Ausweg in den Haushaltsberatungen die Erhöhung der Kreisumlage präsentiert, heuer auf unfassbare 54% - auch langfristig wird in der Finanzplanung mit diesen 54% Kreisumlage kalkuliert – das ist untragbar!
- Im Kreistag sprechen wir von einer kommunalen Familie, Landkreis und Stadt bzw. Gemeinden sitzen in einem Boot. Daraus sollte sich dann aber auch ableiten, dass die unterschiedlichen Interessen abgewogen und berücksichtigt werden. Der finanzielle Spielraum der Kommunen würde mit dieser Erhöhung der Kreisumlage enorm

beschränkt. Gerade die Stadt und die Gemeinden, die sich in den letzten Jahren entschieden haben massiv in den kommunalen Wohnungsbau zu investieren und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für unsere Landkreis-Bürgerinnen und Bürger in finanzielle Vorleistung gehen, werden doppelt bestraft und kämen damit an/über die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

- Eine Kreisumlage von max. 50% muss wieder das Ziel aller Fraktionen sein, viele Jahre haben wir das auch erreicht. Letztes Jahr hieß es in den Haushaltsberatungen, dass mit 51% Kreisumlage die absolute Schmerzgrenze erreicht sei! Bayernweit lag die Kreisumlage 2017 im Schnitt bei 46,4 und in Oberbayern bei 48,1 Punkten – es geht also auch anders.
- Jahr für Jahr ringen wir vor Weihnachten um die Erhöhung der Kreisumlage, obwohl der Landkreis seit vielen Jahren hohe Überschüsse erzielt (zwischen 6,4 und 9,6 Mio €) und immer eine hohe Liquidität (zwischen 23,7 und 36,2 Mio €) zum Jahresbeginn vorweisen konnte, werden keine Schulden getilgt. Stattdessen wird uns heute eine massive Erhöhung der Kreisumlage als einzige Möglichkeit für die Finanzierung des Landkreis-Haushalts 2018 verkauft.

Wir beantragen:

- **Die Kreisumlage für 2018 nicht zu erhöhen, sondern auf 51% zu belassen**
- **Den Finanzausschuss zu beauftragen, sich in Zukunft quartalsweise mit dem Kämmerer zu beraten und die Planung des Haushaltes 2019 erstmalig mit Zielen (im Sinne: Keine weitere Neuverschuldung – Deckelung der Kreisumlage auf max. 50% - langfristiger Abbau der Verschuldung) und einer Forecast-Systematik zu begleiten.**

Statt „Beiwerk“ an den beiden finalen Kreisausschusssitzungen zum Jahresende zu sein, könnte der Finanzausschuss endlich seiner Verantwortung gerecht werden! Die gewählten politischen Vertreter könnten ohne den Zeitdruck zum Jahresende fraktionsübergreifend an der Ausgestaltung des Landkreishaushaltes mitwirken und unser aller politische Arbeit erleichtern. Im Kreisausschuss und Kreistag hätten wir in Zukunft bei unterjährigen Projektbeschlüssen einen Forecast, so wären wir in der Lage, aber wohlgerne auch in der Pflicht, Investitionen zu priorisieren. Statt große Investitionsvorhaben vom Grundsatz zu beschließen, dabei auf einen später zu treffenden Projektbeschluss zu verweisen, um dann in den Haushaltsberatungen erst die Kosten wiederzufinden, könnten wir fundierte Entscheidungen mit dem Wissen um die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises treffen. Dafür sind wir schließlich von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden!

Eine erste Sitzung des Finanzausschusses mit dem Kämmerer sollte Anfang 2018 einberufen werden, um gemeinsam einen Arbeitsmodus zu entwickeln, Ziele für die Finanzplanung auszuarbeiten und in den Gremien beraten und beschließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Standfest
Fraktionsvorsitzende
von Bündnis90/Die Grünen / GAL-Liste